

An
Frau Parlamentarische Staatssekretärin
[REDACTED]
Herrn Staatssekretär
[REDACTED]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Ausschließlich per Mail an: buero-pst-co@bmwe.bund.de
buero-st-st@bmwe.bund.de

Berlin, den 29. Juni 2026

Stärkeres Engagement der Bundesregierung für die Durchsetzung des Digital Markets Act (DMA)

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Connemann,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Steffen,

wir wenden uns heute in einer für den europäischen Digitalstandort besonders kritischen Situation an Sie – und tun dies bewusst als branchenübergreifende Allianz: als der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB), der Markenverband, die Bundeszahnärztekammer und der Startup-Verband möchten wir gemeinsam an Sie herantreten und damit unterstreichen, wie breit die Sorge um die derzeitige Entwicklung in der Brüsseler DMA-Durchsetzung geteilt wird.

Nach übereinstimmenden Medienberichten steht zu befürchten, dass die Europäische Kommission unter dem Druck der US-Regierung davon absieht, die aus DMA-Verstößen resultierenden Bußgelder gegen den Google-Mutterkonzern Alphabet zu verhängen – trotz erdrückender Beweislage. Ein solches Nachgeben wäre kein bilaterales Zugeständnis in einem Handelsdisput, sondern ein Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen: Es würde das europäische Regelwerk für faire digitale Märkte substanziell untergraben und die Glaubwürdigkeit der europäischen Rechtsstaatlichkeit insgesamt beschädigen.

Welche Risiken in dieser Abhängigkeit liegen, hat zuletzt die Anweisung der US-Regierung an den Anbieter Anthropic gezeigt, dessen neueste KI-Modelle für sämtliche Ausländer gesperrt wurden, einschließlich der eigenen Mitarbeitenden. Sie verdeutlicht, wie unmittelbar europäische Marktteilnehmer von einseitigen Entscheidungen ausländischer Regierungen betroffen sein können und wie wichtig es ist, dass Europa seine eigenen Regeln konsequent und glaubwürdig durchsetzt.

Der DMA ist das schärfste Instrument Europas gegen dominierende Marktmacht im digitalen Raum und für fairen Wettbewerb. Er schützt nicht nur Startups und Digitalunternehmen, sondern alle Marktteilnehmer – vom Freiberufler über mittelständische und Markenunternehmen bis hin zu Zahnärzten, die auf Plattformen angewiesen sind, um ihre Leistungen sichtbar zu machen. Wird das Gesetz bei Verstößen nicht konsequent angewandt, verliert es seinen Wert.

Der Koalitionsvertrag bekennt sich ausdrücklich zur effektiven Durchsetzung des DMA. Wir bitten Sie daher dringend, diese Verpflichtung mit Nachdruck zu vertreten – sowohl öffentlich als auch in den Gesprächen mit der EU-Kommission. Die Empfehlung der Expertenkommission 'Wettbewerb und Künstliche Intelligenz' des BMWi, die konsequente Rechtsdurchsetzung aktiv zu unterstützen, weist dabei den Weg.

Wir möchten diese Fragen gern in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen vertiefen und bitten Sie herzlich, uns einen Termin zu ermöglichen. Für Rückfragen und Terminabsprachen stehen wir selbstverständlich jederzeit gern unter politik@startupverband.de zur Verfügung.

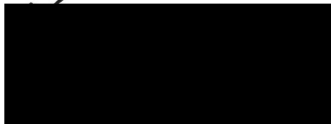
Mit freundlichen Grüßen



Geschäftsführer
Startup-Verband



Hauptgeschäftsführer
Bundesverband der Freien Berufe



Hauptgeschäftsführer
Bundeszahnärztekammer



Hauptgeschäftsführer
Markenverband

